

ULRICH BLANCK DAHLENBURGER LDSTR. 179A 21337 LÜNEBURG

Oberbürgermeister Mädge
- Rathaus -

21335 Lüneburg

**Stadtratsfraktion
Lüneburg**

Ratsherr Andreas Meihies
Fraktionsvorsitzender

Ratsherr Ulrich Blanck
Beigeordneter

15.03.2011

Antrag zur Ratssitzung am 31.03.2011

Resolution: Krümmel nie wieder ans Netz, Gorleben darf kein Endlager werden – Atomausstieg jetzt!

Der Rat der Hansestadt Lüneburg stellt fest:

Die Vorgänge im AKW Fukushima erfordern das endgültige Aus für die Atomkraft in Deutschland.

Die Katastrophe von Fukushima zeigt eines in aller Deutlichkeit: Kein Atomkraftwerk ist weltweit vor einer Kernschmelze gefeit, auch in Deutschland nicht. Die Kernschmelze ist kein erdbebentypisches Risiko, sie kann immer auftreten, wenn der Strom ausfällt und Notstromaggregate versagen. Fukushima lehrt uns: Das Risiko einer Kernschmelze darf nicht länger ignoriert werden. Hier hilft keine Nachrüstung. Hier hilft nur, dieses Risiko so schnell wie möglich durch Stilllegung zu mindern.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fordert daher:

- von der CDU/SPD Bundesregierung die uneingeschränkte Rücknahme der Laufzeitverlängerung und alle Bemühungen für eine schnellst möglich Atomausstieg,
- von E.ON Avacon eine moderne Gestaltung der Energieversorgung, ausgerichtet auf Entwicklung und Ausweitung der Erneuerbaren Energien und den schnellstmöglichen Ausstieg aus Atomstrom- und Kohlestromversorgung,
- von dem Lüneburger Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols, sich im Bundestag für den schnellst möglichen Atomausstieg einzusetzen.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg steht weiter und uneingeschränkt zum Atomausstieg.

Begründung: Deutschland muss aus der Risikotechnologie Atomkraft aussteigen. Der Weg zum schrittweisen Ausstieg, der unter Rot-Grün eingeleitet wurde, ist auch heute richtig. Die Atomwirtschaft darf nicht mithilfe der Bundesregierung ihre dominante Stellung und ihre exorbitanten Profite für die Zukunft zementieren. Deshalb ist die nur vorübergehende Abschaltung der sieben ältesten Atommeiler nicht ausreichend. Denn so kommen weder Energiewende noch Klimaschutz voran.

Die begrenzte Restlaufzeit für Atomkraftwerke hat die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2001 mit der Atomwirtschaft vereinbart. Die Verlängerung war angesichts der Katastrophe von Fukushima nicht nur unverantwortlich, sondern fahrlässig. Um den Atomausstieg zu forcieren, müssen wir alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen. Besonders die unsicheren Atomkraftwerke müssen früher vom Netz gehen. Priorität hat auch die Endlagersuche: Wir benötigen einen Neuanfang mit einem ergebnisoffenen und transparenten Suchverfahren ohne die Vorfestlegung auf den Standort Gorleben.

Die Lösung des Atommüllproblems bleibt eine vordringliche Aufgabe. Es wäre unmoralisch und unverantwortlich, sie künftigen Generationen zu übertragen. Wir benötigen ein ergebnisoffenes, transparentes Suchverfahren nach einem geeigneten Standort. Zentral ist, die Öffentlichkeit von Beginn an zu beteiligen. Ergebnisoffene Suche bedeutet auch, dass neben Salz auch eine Endlagerung in Ton oder Granit erforscht wird. Das Lager muss letztlich dort eingerichtet werden, wo es nach Abwägung aller Kriterien am sichersten zu betreiben ist.

Gemessen an diesen Anforderungen spricht alles gegen ein Endlager am Standort Gorleben. Auch die Tatsache, dass die Kohl-Regierung 1983 ein Gorleben-Gutachten gezielt manipuliert hat, um das Lager trotz geologischer Mängel durchzusetzen, trägt dazu bei.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ist ein gezielter Terroranschlag auch auf ein Atomkraftwerk eine reale Gefahr. Die deutschen Atomkraftwerke sind dagegen nicht geschützt. Vier der Anlagen würde sogar schon der Absturz eines Kleinflugzeugs gefährden. Um das unberechenbare Risiko eines terroristischen Anschlags zu verringern, müssen diese Altanlagen wie z.B. der Reaktor in Krümmel sofort und dauerhaft vom Netz genommen werden.

Die Atomwirtschaft genießt bis heute Privilegien, die ihren Profit steigern. Die Konzerne müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Sie müssen einen Anteil der wachsenden Folgekosten für den Rückbau alter Atomanlagen wie auch für die dahinsiechenden Lager in Asse und Morsleben tragen. Dazu müssen die Rückstellungen der Betreiber in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden.

Der Atommeiler in Krümmel ist zwar erst 1984 fertig gestellt worden, gehört aber technisch weitgehend zu der konzeptionell völlig veralteten Linie der Siedewasserreaktoren der Baureihe 1969. Zusätzlich sind diese Atomkraftwerke allesamt gar nicht oder höchst mangelhaft gegen Flugzeugabstürze gesichert.

Es ist offensichtlich, dass sich die Energiekonzerne von dem schnell wachsenden Anteil der Erneuerbaren Energien in der Stromversorgung bedroht fühlen. Ihre Macht gründet sich auf zentrale Energieversorgungsstrukturen und auf den Besitz der Netze. So versuchen die Konzerne ihre Macht zu sichern indem sie einerseits die Unverzichtbarkeit der Kohleverstromung betonen und neue Kohlekraftwerke planen und andererseits von der Unverzichtbarkeit der Atomkraft fabulieren und Laufzeitverlängerungen für die alten Atomkraftwerke verlangten. Beides entspringt weit mehr der Sorge um den Erhalt der zentralen Versorgungsstrukturen als der angeblichen Sorge um eine vermeintliche Stromlücke.

Für die Fraktion

